

dp special

No.8

Supplement der Zeitschrift Deutsche Polizei 11/99

Zehn Jahre danach



ZEHN JAHRE DANACH

<i>Zum Schluss erteilt sogar die Pfortner Visa</i>	3
Brandenburg <i>Vom Machtinstrument der Arbeiterklasse zur bürgernahen zivilen Polizei</i>	4
Mecklenburg-Vorpommern <i>Schwarz-Weiß-Malerei bringt keinen voran</i>	6
Sachsen-Anhalt <i>„Was willst du gegen 70.000 machen?“</i>	8
Sachsen <i>10 Jahre – wo sind sie geblieben? – Eine eher kritische Betrachtung</i>	10
Thüringen <i>Über Nacht bundesdeutsches Recht</i>	12
Bundsgrenzschutz <i>Nur die Schulterstücke blieben, wie sie vorher waren</i>	14
Interview <i>„Das hätte ich mir in meinem ganzen Schutzmannsleben nie träumen lassen“</i>	16

IMPRESSUM:

dp-special No. 8 zur Ausgabe
Deutsche Polizei 11/99
Fachzeitschrift und Organ
der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a,
40721 Hilden, Telefon (0211) 7104-0,
Telefax (0211) 7104-222

Redaktion:

Adalbert Halt (verantwortlich)
Rüdiger Holecek

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon (0211) 7104-101 bis 105,
Telefax (0211) 7104-138
E-Mail:
CompuServe: 106655,542
Internet: 106655.542@compuserve.com

Gestaltung & Layout:

Rembert Stolzenfeld

Titel: Foto: amw

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Verlag & Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEI-
LITERATUR GMBH,
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-183
Telefax (0211) 7104-174

Anzeigenleiter:

Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 25
vom 1. Januar 1997

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
Hartstraße 4-6, 47608 Geldern,
Telefon 02831-396-0,
Telefax 02831-89887

Zum Schluss erteilten sogar die Pförtner Visa

Als das Jahr 1989 beginnt, scheint die Welt in der DDR noch in Ordnung. Alles geht seinen gewohnten sozialistischen Gang. Alles? Offensichtlich ist das doch nicht so, und das bekommt auch die Polizei zu spüren. Immer mehr Bürger stellen einen „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“, immer mehr DDR-Bürger kommen von Besuchen aus der BRD nicht mehr zurück, und die Unzufriedenheit der Menschen über Produktions- und Versorgungsengpässe wächst. Die DDR-Führung weiß keine Antworten mehr auf die Fragen und Probleme der Menschen. Die Orientierungslosigkeit wird auch in der Volkspolizei immer deutlicher spürbar. Trotz aller Jubelmeldungen zum 40. Jahrestag der DDR, die Massenflucht von DDR-Bürgern über die österreichisch-ungarische Grenze, die Besetzung der Botschaften in Budapest und Prag bringen auch viele Volkspolizisten zum Nachdenken. Das können nicht alles nur „Staatsfeinde“ sein, die dem Kapitalismus auf den Leim kriechen.

Am 7. Oktober 1989 berichten die Medien der Bundesrepublik über Demonstrationen unzufriedener Bürger gegen das DDR-Regime und den brutalen Einsatz von Volkspolizisten gegen friedliche Demonstranten. Für den 9. Oktober ist die erste Montagsdemo in Leipzig angekündigt. Auch die meisten Volkspolizisten haben Angst davor, dass Honecker eine „chinesische Lösung“ befehlen könnte. Sie sind froh, dass alles friedlich bleibt.

Mit den Montagsdemos beginnt in der DDR eine Veränderung, deren Ausmaß die Menschen erst viel später begreifen sollen. Am 9. November 1989 fällt die Mauer. Innerhalb von Tagen werden von

der Volkspolizei Millionen von Visa erteilt. Die Beschäftigten des Dienstzweiges Pass- und Meldewesen arbeiten unterstützt von anderen Bereichen täglich 16 Stunden und mehr. Zum Schluss erteilen sogar die Pförtner Visa. Ab 14. November dürfen auch Volkspolizisten die BRD besuchen, bis dahin war ihnen jeder Kontakt mit Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik und sogar der Empfang des „Westfernsehens“ verboten. Im Dezember 89/Januar 90 erklären ca. 90 Prozent der Beschäftigten der Polizei ihr Interesse an einer Gewerkschaft.

Die erste und letzte frei gewählte DDR-Regierung erlässt ein Polizeigesetz nach westlichem Vorbild und ein Gesetz zur sinngemäßen Anwendung des Bundespersonalvertretungsgesetzes. Am 22. Januar 1990 wird in Berlin die Gewerkschaft der Volkspolizei gegründet. Mit Ende der DDR wird sie sich wieder auflösen. Im April

1990 wird aus der Volkspolizei wieder die Polizei, und die Polizeidienststränge werden wieder eingeführt. Die Währungsunion am 1. Juli 1990 wird eine der ersten gro-



28 Jahre nach dem Mauerbau löste das Inkrafttreten des neuen DDR-Reisegesetzes einen Ansturm von DDR-Besuchern in den Westen aus. Hier eine Menschenschlange am neuen Grenzübergang Bernauer Strasse kurz vor der Öffnung, aufgenommen am 11. November 1989.

Fotos (8): dpa

ßen Aufgaben der im Wandel befindlichen Polizei.

Nicht nur die Menschen in der noch bestehenden DDR, auch die Polizisten sind verunsichert. Gewalt in Fußballstadien und bei Veranstaltungen wird zu einem Problem. Die Einsätze gegen Demonstranten am 7. Oktober 1989 haben das Vertrauen zur Polizei erschüttert. Die berufliche Zukunft ist völlig unklar. Die Kommunisten hatten nach dem 2. Weltkrieg alle ehemaligen Polizisten entlassen. Viele Polizisten haben Angst, das könnte jetzt wieder passieren. Häufig werden die kriminellen Machenschaften der DDR-Führung auch jedem Staatsdiener angedichtet. Nur langsam wird normale polizeiliche Arbeit wieder möglich, aber da ist das Ende der DDR bereits nahe.

Zehn Jahre ist das politisch, gesellschaftlich und menschlich so einschneidende Ereignis jetzt her. Diesem Jahrestag ist dieses **dp-special** gewidmet. Die Redaktion bat Autoren der GdP aus den neuen Ländern und aus dem Bundesgrenzschutz, sich zur Polizei in ihrem Bereich zu äußern. Sie haben das Thema auf recht unterschiedliche Weise angegangen. Ferner hat die Redaktion mit zwei Kollegen gesprochen, die Augenzeugen des Falls der Berliner Mauer waren, dieses Symbols des Eisernen Vorhangs. Der eine Augenzeuge tat im Osten Dienst, der andere im Westen.

BRANDENBURG

Vom Machtinstrument der Arbeiterklasse zur zivilen bürgernahen Polizei

Von Andreas Bernig



Nach der friedlichen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten galt es auch im Land

Brandenburg eine neue Polizei zu schaffen, die nicht dem Staat verpflichtet war, sondern den Bürgern und ihren individuellen Rechten und Freiheiten.

Im Land Brandenburg wurden aus drei Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei und den Volkspolizeikreisämtern mit ca. 17.000 Beschäftigten fünf Polizeipräsidien, ein Wasserschutzpolizeipräsidium, der Zentraldienst der Polizei für Technik und Beschaffung, das Landeskriminalamt (LKA), die Bereitschaftspolizei und die Landespolizeischule mit ca. 10.000 Beschäftigten. Mit dieser neuen Organisationsform wurde kein Polizeimodell aus den alten Bundesländern übernommen, sondern ein brandenburgtypisches Modell geschaffen, welches als besonderes Merkmal die Integration von Schutz- und Kriminalpolizei beinhaltet. Sie stehen unter einheitlicher Führung.

Hinzu kommt eine straff organisierte Verwaltung. Die Polizeipräsidien des Landes Brandenburg gliedern sich in 21 Schutzbereiche mit 21 Haupt- und 27 Polizeiwachen. Damit wurde eine bürgernahe Organisationsstruktur gefunden, die auch dadurch gekennzeichnet ist, dass ein Revierpolizist als direkter Ansprechpartner für circa 5.000 Bürger zur Verfügung steht.

Im Laufe der Jahre wurde die Polizeiorganisationsstruktur entsprechend neuen Anforderungen angepasst. So wurden z. B. dem LKA originäre Aufgaben zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität übertragen und zur Bekämpfung der Massenkriminalität erfolgte in den Schutzbereichen die Einrichtung von Regionalkommissariaten. Im Mai 1995 wurde die Landeseinsatzeinheit (LESE) gebildet. Hier wurden die Bereitschaftspolizei, die Polizei-sonderdienste und ein Führungsstab zu einer neuen Einrichtung der Polizei zusammengefasst. Am 8. März 1999 erfolgte die offizielle Gründung der Fachhochschule der Polizei.

Entscheidende Aufgabe bei der Schaffung einer bürgernahen Polizei war die Übernahme des Personals aus der Deutschen Volkspolizei. In einem längeren Prozess der Personalüberprüfung und der

Aus- und Fortbildung wurde ein Personalkörper geschaffen, der in der Lage war, trotz der komplizierten Umstrukturierungsprozesse jederzeit die innere Sicherheit im Land Brandenburg zu gewährleisten.

Am 18. Dezember 1990 nahm eine Personalkommission, genannt „Bischofskonferenz“, ihre Arbeit auf. Sie bestand aus den drei Superintendenten der evangelischen Kirche, dem Landesbezirksvorsitzenden der GdP und einem Verwaltungsjuristen aus dem Land Nordrhein-Westfalen. Die Aufgabe dieser Kommission bestand darin, die ca. 10.000 Personalfragebögen zu bearbeiten und Empfehlungen über Weiterbeschäftigung oder Ausscheiden aus der Polizei auszusprechen. Im Prozess der Personalüberprüfung wurde konsequent das Prinzip der Einzelfallüberprüfung eingehalten.

Viele mussten die Polizei verlassen

Im Ergebnis der Arbeit der Bischofskonferenz mußte eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen die Polizei verlassen. Ab 1991 erfolgte dann die Abfrage bei der Gauck-Behörde zur Mitarbeit beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit. Gegenstand der folgenden Überprüfung war nicht mehr die Tatsache, ob eine Zusammenarbeit mit dem MfS bestand, sondern die Frage, ob falsche Angaben im Personalfragebogen gemacht wurden. Im Ergebnis dieser erneuten Ein-



Nach langen Jahren wieder für alle Deutschen frei zugänglich: Schloß Sanssouci bei Potsdam.
Foto: Petra Schäuble

zelfallprüfung, die erst Ende 1996 abgeschlossen war, schieden nochmals mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen wegen unwahrer Angaben im Personalfragebogen aus der Polizei aus.

Bei der Schaffung einer neuen Polizeiorganisation war zu beachten, dass sie in einer Phase erfolgte, in der die Kriminalität enorm anstieg und auch die Zahl der Verkehrsunfälle stark zunahm. In der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durfte es keine Unterbrechung geben.

In einem groß angelegten Umschulungsprogramm wurden 667 Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung und solchen ohne bisherige polizeiliche Ausbildung eine berufliche Perspektive im Polizeivollzugsdienst gegeben. Weitere 400 Bürger wurden im Rahmen des Lebensälterenprogramms eingestellt. So wuchs der Personalbestand im Polizeivollzugsdienst von circa 7400 auf 8552 im Jahr 1999.

Am 17. März 1993 verabschiedete der Brandenburger Landtag

den Beschluss zur Stärkung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit im Land Brandenburg. Mit diesem Beschluss wurde auch die mittelfristige Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Land Brandenburg festgeschrieben. Seinerzeit bestand noch das Ziel, bis zum Jahr 2000 50 Prozent der Beschäftigten im gehobenen Dienst zu haben. In der Realität werden bis zum Jahr 2000 40 Prozent Anteil gehobener Dienst erreicht. Obwohl das für die GdP noch nicht zufriedenstellend ist, kann festgestellt werden, dass das Land Brandenburg unter den neuen Ländern mit dieser Quote an der Spitze steht.

Die Effizienz der neuen Polizeistruktur im Land Brandenburg und die Entwicklung des entsprechenden Personalbestandes zeigt sich in der positiven Entwicklung in der Kriminalitätsbekämpfung und der Zurückdrängung des Verkehrsunfallgeschehens.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Schwarz-Weiß-Malerei bringt keinen voran

Von Rainer Schmidt



Die Euphorie der Wende ist Geschichte. Sehr schnell folgten ihr Ernüchterung und neue Realität. Doch was wahr ist, muss wahr bleiben und darf nicht wieder verfälscht werden. Das kannten die ehemaligen DDR-Bürger, eingeschlossen deren Volkspolizisten, zur Genüge.

Kaum einer, ausgenommen eingefleischte Kommunisten und vielleicht einige der heutigen PDS-Wähler, wünschten sich frühere Verhältnisse zurück.

Ich erinnere mich sehr gut, als Schüler der 4. Klasse im Jahre 1956 Berichterstattungen im Radio – Zeitung las ich noch nicht, Fernsehen gab es für uns noch nicht – über Volkskammertagungen gehört zu haben, in denen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl damals die Wiedervereinigung Deutschlands forderten. Die Forderungen verblassten, in einem der ersten Atlanten gab es Deutschland auch noch westlich der Elbe. In späteren Ausgaben war hinter der innerdeutschen „Grenze“ kein Ortsname mehr zu lesen. Genau so gut wie an die frühere Berichterstattung erinnere ich mich an die Worte Willy Brandts und Helmut Kohls, bei einem Auftritt in Berlin kurz nach der Wende, wo-

nach „jetzt zusammenwächst, was zusammengehört“.

Ungewissheit war angesagt

Als am 9. November 1989 der Eiserner Vorhang fiel, wussten sicher auch die Polizeibeschäftigten der früheren DDR nicht, was diese Tatsache für ihre weitere berufliche Tätigkeit mit sich bringt. Die Polizei in der DDR war Machtinstrument der Herrschenden, fest dem Willen der Einheitspartei unterworfen. Wer diesen Willen nicht voll inhaltlich akzeptierte, bekam das recht deutlich zu spüren.

Die DDR-Polizisten waren, zumindest nach weitergehender Ausbildung als nur im sogenannten „Dienstanfängerlehrgang“, richtig ausgebildet und motiviert, gute Polizeiarbeit zu leisten. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die exakte Arbeit der Polizeibeamten in Greifswald bei der Festnahme des bundesweit lange gesuchten Schwerverbrechers Zureweme. Kein geringerer als der ehemalige Abschnittsbevollmächtigte (ABV) und heutige Polizeioberkommissar Horst Ebeling griff zu. Er ließ sich nach einem Bürgerhinweis nicht beirren und handelte korrekt und bestimmt, so wie er es in „unserem ersten Leben“ gelernt hatte.

Ob ihn dazu die Anpassungsfortbildung nach der Wende oder die sogenannte „Allgemeine Fachliche Fortbildung“ in M-V befähigt haben, mag er selbst be-

antworten. Ich glaube eher, er ist Polizist!

Fortbildung der ehemaligen Volkspolizisten war und ist dringend notwendig. Zunächst eher rechtlich, doch zunehmend auch im „Handwerk“ der Polizei. Eine Reihe von Aufbauhelfern Ost anderer Bundesländer haben sich, mit mehr oder weniger Erfolg, in den vergangenen neun Jahren daran versucht.

Nötiges Wissen angeeignet

Die Polizeibeamten in M-V sind nach meiner Meinung nicht nur lernfähig sondern auch lernwillig. Ihnen dürfte inzwischen klar geworden sein, dass in einer demokratisch aufgebauten Polizei mehr als nur der Wille gute Arbeit zu leisten, nötig ist. Allerdings genügt es ihnen nicht, „Neu-Deutsch“ den Gerichtsmediziner als „Rechtsmediziner“ zu bezeichnen oder nicht mehr um dreiviertel Sieben, sondern jetzt um Viertel vor Sieben zum Dienst zu kommen. Auch Aussagen wie „Ich weiß, dass es so richtig ist und das genügt“, sind wenig überzeugend. Korrektes Handeln, exaktes Einhalten gesetzlicher Regelungen und von Dienstvorschriften ist den Kolleginnen und Kollegen nicht neu. Denn sie sind und waren weder faul noch dumm! Und sie sind (noch) motiviert, richtige Polizeiarbeit zu leisten. Für die Sicherheit, nicht nur die subjektiv empfundene, des Bürgers im

Land. An diesem Punkt gilt es nach meiner Auffassung, auch mit der Aus- und Fortbildung anzusetzen. Die künftigen Polizei- und Kriminalbeamten des Landes M-V müssen in die Lage versetzt werden, den an sie gestellten Forderungen in jeder Situation gerecht zu werden.

Trennendes vermeiden und gemeinsam arbeiten

Veröffentlichungen an Wandtafeln, wie ich sie unlängst lesen konnte „So lange Ihr so tut, dass

bleiben dabei nicht aus, an denen es zu arbeiten gilt – gemeinsam, weder allein die „überheblichen Wessis“ noch allein die „doofen und faulen Ossi“. Begriffe, die es im Gebrauch deutscher Sprache, ich erinnere an den Satz vom Zusammenwachsen, überhaupt nicht geben sollte. Allein durch ihre unakzeptable Bezahlung werden die Polizeibeamten im Osten Deutschlands mehr als diskriminiert.

Die Polizeiarbeit im „Westen“ war nicht schwarz, die im „Osten“ nicht weiß. Ob man zur Sicherung

werden. Eher nach konkreter Einschätzung der Spurentstehung und des Spurenträgers, mit dem Ziel bestmöglicher Beweisführung.

Schwarz-Weiß-Malerei hilft keinem, weder dem „Wessi“, noch dem „Ossi“. Die dazwischen liegenden Graustufen gilt es zu erkennen, sie im täglichen Dienst zu beachten. Gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung sind eher gefragt, denn einseitige Rechthaberei. Nur so kann und wird zusammenwachsen, was zusammengehört.



Ihr uns richtig bezahlt, tun wir so, als würden wir richtig Dienst machen“, halte ich, als auch nur 86,5-prozentiger Kollege, für verständlich, aber nicht für akzeptabel. Natürlich wird es Zeit, diese Ungleichbehandlung zu beenden.

Sehen wir nicht nur die letzten zehn Jahre, ordnen wir sie ein in die deutsche Geschichte, betrachten sie als Neubeginn beim Aufbau einer demokratischen Polizei in einem Rechtsstaat. Probleme

Das Selbstvertrauen der Polizeibeamten in M-V ist gewachsen. Deutlich spricht dafür die von Polizeihauptmeister Helmar Wöpe (rechts) an Finanzministerin Sigrid Keler (SPD, links) anlässlich einer GdP-Aktion im März 1998 in Schwerin gerichtete Forderung, die Polizeibeamten endlich gerecht und ihrer Leistung entsprechend zu bezahlen. Ähnliche Aktionen fanden und finden immer noch überall in Ostdeutschland statt.

Foto: Rainer Schmidt

daktyloskopischer Spuren schwarze, weiße oder transparente Folie verwendet, sollte nicht nach früheren Gewohnheiten, nicht mit dem Ziel einen Arbeitsgang beim Fotogramm einzuspüren, beurteilt

SACHSEN-ANHALT

„Was willst du gegen 70.000 machen?“

Von Lothar Jeschke



Viele der jüngeren Kollegen können es sich heute schon nicht mehr vorstellen. Wie war das in der DDR? Wie war das vor zehn Jahren im Herbst 1989, als sich alles veränderte? Welche Rolle spielte die Volkspolizei?

Antworten auf diese Fragen kann nur finden, wer die Ereignisse selbst miterlebt hat. Ideologische Vorurteile, egal wie sie auch eingefärbt sind, helfen hier nicht weiter.

Der Staat im Dilemma

Der Sommer 1989 war recht warm. An der Ostsee gab es eine Marienkäferplage, ein bis dahin kaum erlebtes Phänomen. Aber viele DDR-Bürger zog es in diesen Tagen nicht an die sonst so

beliebte Urlaubsküste. Sie fuhren stattdessen mit einem Touristenvisum nach Ungarn. Schon am 27. Juni hatten hier der ungarische und der österreichische Außenminister den Eisernen Vorhang symbolisch durchtrennt. Ungarn gab der DDR unmissverständlich zu verstehen, dass man keinen DDR-

Auch in der Nähe des Magdeburger Doms, eines Wahrzeichens der jetzigen Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt, fanden 1989 Montagsdemonstrationen statt.

Foto: GdP



Bürger mehr aufhalten würde, der über die Grenze nach Österreich ging.

In den Volkspolizeikreisämtern stapelten sich die Nachprüfungsaufträge. Die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) hatten zu klären, wo die Urlauber geblieben waren, die aus Ungarn und der CSSR nicht zurückkehrten. Langsam zeichnete sich ab, in welchem Dilemma der Staat steckte. Zehntausende hatten Ende August die DDR schon in Richtung Westen verlassen. Hinzu kamen die Montagsdemonstrationen, die von Leipzig ausgehend sich immer weiter ausbreiteten.

Wie 1981 und 1968

Die Führung der Volkspolizei reagierte auf die Ereignisse so, wie sie immer reagiert hatte. Verstärkter Dienst und erhöhte Einsatzbereitschaft wurden angewiesen. Wir, die damals schon über zehn Jahre Volkspolizisten waren, kannten das. Wir erinnerten uns an den Dezember 1981, als in Polen der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, und die Älteren dachten an den August 1968. Vieles sah ähnlich aus, aber es gab einen wesentlichen Unterschied: Aus Berlin kamen keine Weisungen mehr. Die „zentralen Partei- und Staatsorgane“ schienen in einer Agonie zu liegen. In den SED-Kreisleitungen wartete man auf ein Machtwort oder eine Orientierung, aber vergebens. Die Zeitungen verbreiteten die übliche Propaganda gegen die „Provokateure“ und machten die BRD für die Fluchtwelle verantwortlich. Wie immer war der Westen schuld, wenn in der DDR etwas schief lief.

Höhepunkt kam nach Jahrestag

Im September 1989 schließlich geriet auch in den Kreisstädten die sozialistische Ordnung aus den Fugen. Losungen wie „Neues Fo-

Riesiger Andrang herrscht am 11. November 1989 an einem Grenzübergang von Ost- nach West-Berlin. Ein DDR-Grenzbeamter stempelt Ausweise am Fließband ab.



rum“ standen an den Häuserwänden. Fieberhaft wie immer wurde ermittelt, um der Losungsschreiber habhaft zu werden. Zusammen mit der MfS-Kreisdienststelle suchte man nach Werkzeugen und Farbe. Keiner ahnte, dass es der letzte derartige Einsatz werden sollte.

Alles, das war deutlich zu merken, strebte einem Höhepunkt, einer Entscheidung zu. Der 40. Jahrestag am 7. Oktober stand unter dem Eindruck der angespannten Situation. Welcher Gegensatz dazu die Feiern in Berlin und die Jubelrede Honeckers! Alle, auch die diszipliniertesten SED-Mitglieder, spürten, dass es so nicht mehr weitergehen konnte. Auch in der Volkspolizei war das klar, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht offen darüber gesprochen wurde. Die Entscheidung kam bald.

Kurz vor dem 7. Oktober hatte die Politische Hauptverwaltung der Volkspolizei in einem Flugblatt die Zerschlagung der „konterrevolutionären Gruppen“ in Leipzig und Dresden bekannt gegeben. Nun würde sich zeigen, ob Leipziger wieder auf die Straße

gehen würden. An diesem Montag marschierten in Leipzig über 70.000 Menschen, und die Volkspolizisten schritten nicht ein. Alles lief friedlich ab. Damals wurde der Leiter des Volkspolizei-amtes unserer Kreisstadt in einer Versammlung gefragt, warum die Partei das zugelassen habe. Der Oberstleutnant, sicher kein Anhänger des „Neuen Forums“, antwortete: „Was willst du gegen 70.000 machen?“

Nun ging es Schlag auf Schlag. Honecker trat zurück, in den Zeitungen wurde Propaganda durch objektive Berichterstattung ersetzt, die Parteigruppen in den Betrieben und auch bei der Volkspolizei wurden aufgelöst. Die Ereignisse bekamen eine Eigendynamik, deren vorläufiger Höhepunkt die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war.

Die Volkspolizei sicherte nun die Demonstrationen und die Aktionen der Bürgerkomitees ab. Sicherheitspartnerschaften wurden zur Dauererscheinung. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurde die Volkspolizei ihrem Namen vollauf gerecht.

SACHSEN

10 Jahre – wo sind sie geblieben? Eine eher kritische Betrachtung

Von Walter Schlesinger



Ich erinnere mich noch genau an den Tag im Herbst 1989, als die Nachricht wie ein Lauffeuer den Erdball umrundete: „Die innerdeutsche Grenze ist auf!“

Die Staatsmacht der DDR

wankte. Ich auch? Ich war Volkspolizist, Teil dieser staatlichen Macht.

Damals gab es nur Fragen und keine Antworten. Bis auf eine. Und diese wurde von Tag zu Tag immer lauter.

Wir brauchen eine demokratische Interessenvertretung. Bereits im November 1989 gab es in einzelnen Dienststellen die ersten „Sprecherräte“ und am 20. Janu-

ar 1990 wurde in Berlin die „Gewerkschaft der Volkspolizei“ aus der Taufe gehoben. Fast alle

Nach der Vereinigung ging man ans Werk: Unter einem Wetterschutzdach erfolgt seitdem auf dem Dresdner Neumarkt der Wiederaufbau der im Februar 1945 zerstörten Frauenkirche. Er wird rund 250 Millionen Mark kosten. Das Foto entstand im Februar 1997.



Polizeibesetzten, von der Küchenfrau bis zum Oberst, wurden Gewerkschaftsmitglied. Im Februar 1990 fanden die ersten Großdemos von Angehörigen der Volkspolizei in Leipzig und Karl-Marx-Stadt statt. Der Demokratisierungsprozess schritt unaufhaltsam voran.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 und der Bildung der fünf neuen Bundesländer wurde auch begonnen, die Polizei in Sachsen nach „westlichem“ Vorbild umzustrukturieren. „Berater“ aus den Altbundesländern waren in genügender Zahl vorhanden. Leider war das Qualitätsgefälle sehr groß, aber die Aufstiegsmöglichkeiten schier unbegrenzt. Alle wollten uns natürlich beibringen, wie „richtige“ Polizeiarbeit aussieht. Manche glaubten wirklich, wir hätten nur in Erdhöhlen gelebt und uns von den Früchten des Waldes ernährt.

Dabei brauchte man uns das polizeiliche Grundhandwerk wirklich nicht beizubringen. Die Ermittlung von Straftätern, die Suche und Sicherung kriminalistischer Spuren oder die Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen gehörten auch in der ehemaligen Volkspolizei zur alltäglichen Aufgabenerfüllung.

Trotzdem wurde die Polizei in Sachsen nach hauptsächlich bayerischen und baden-württembergischen Modellvarianten umgestaltet. Leider hat dieser Umstrukturierungsprozess bis zum heutigen



Mit lauten Sprechchören und Transparenten demonstrieren DDR-Bürger am 14. Februar 1988 in Dresden nach einem Gottesdienst zum Gedenken an die Dresdner Bombennacht 1945 für Frieden und Demokratie und die Freiheit der Ausreise.

Tag kein Ende gefunden. Nur wenige Beispiele seien angerissen.

Polizei-posten sind ineffektiv. Bis auf wenige Dienststellen in größeren Städten wurden sie liquidiert. Seit zwei Jahren werden in Sachsen auch in kleineren Städten wiederum Polizei-posten eingerichtet.

Abschnittsbevollmächtigte (ABV) sind überflüssig. Ihre Aufgaben kann der Streifendienst übernehmen. Gebt dem Kind einen anderen Namen, und schon ist er wieder da, der „Bürgerpolizist“.

Freiwillige Helfer der Deutschen Volkspolizei. Die haben doch vielleicht nur rumgeschnüffelt. Brauchen wir nicht.

Auch der Bürger soll zur Gewährleistung von Sicherheit und

Ordnung beitragen. Und wer das möchte, wird seit kurzem „Angehöriger der Sicherheitswacht“.

Und viele „Ideen“ harren noch ihrer Verwirklichung. Das Versuchsfeld Polizei ist offensichtlich dafür bestens geeignet.

Was bleibt, ist bei vielen Kolleginnen und Kollegen Resignation und Frust. Mündige Beamte wollten wir werden, viel blieb davon nicht übrig. Auch im Jahre 10 nach der Wende besteht noch immer die reelle Möglichkeit, dass man für 86,5 Prozent erschossen werden kann.

Doch was sind schon zehn Jahre. Kosmisch betrachtet nur ein Millisekundenanteil in der Entwicklungszeit unserer Galaxis. Was regen wir uns überhaupt auf. Es ist doch so viel Zeit.

THÜRINGEN

Über Nacht bundesdeutsches Recht

Von Edgar Große



Am 7. Oktober 1989 werden in den Nachmittagsstunden zusätzliche Polizisten alarmiert, Wasserwerfer der Bereitschaftspolizei werden in die großen Städte verlegt und Hundertschaften der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ werden in Bereitschaft versetzt. Ursache dafür sind die friedlichen Demonstrationen gegen das DDR-Regime am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR und der Polizeieinsatz zur Auflösung dieser Demos.

Zwei Tage später findet in Leipzig die erste Montagsdemo statt. Einen Monat später wird die Mauer geöffnet, vor Ablauf eines Jahres existiert die DDR nicht mehr.

Diese rasante Entwicklung macht auch vor der Polizei nicht Halt. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik entsteht am 3. Oktober 1990 die Thüringer Polizei. Über Nacht müssen die Polizisten bundesdeutsches Recht anwenden. Beamte aus Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz bilden Aufbaustäbe für die zukünftige Polizeistruktur und beziehen Thüringen in diese Arbeit ein. Viele der über 50-jährigen Polizisten

quittieren Ende 1990 den Dienst und gehen in Vorruhestand. Ganze Dienstzweige werden aufgelöst bzw. in die Kommunen überführt. Stasi-Mitarbeit wird in Thüringen unnachgiebig verfolgt und führt

meist zur Entlassung. Am 1. Juli 1991 wird die thüringer Polizei in eine neue Struktur überführt. Die ehemaligen drei Bezirksbehörden werden aufgelöst und Thüringen wird in sieben Direktionsbereiche



DDR-Grenzsoldaten montieren im November 1989 den Grenzzaun bei Philippsthal ab.

gegliedert. Darüber steht das Polizeipräsidium. Den Direktionen sind jeweils vier bis sieben Gebietsinspektionen und je eine Kriminal- und Verkehrspolizeiinspektion sowie eine Inspektion Zentrale Dienste nachgeordnet. Daneben entsteht die Bereitschaftspolizei und das Polizeiverwaltungsamt. Das Landeskriminalamt wird erst nach Auflö-

ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 bzw. A 14 möglich.

Für 1992 gibt es den ersten Polizeihauhalt. Nur im mittleren Dienst wird der Anteil der Beförderungsstellen in den kommenden Jahren in kleinen Schritten angehoben. Beim gehobenen und höheren Dienst verbleibt die Zahl der Beförderungsstellen im wesentlichen auf dem Niveau von

nenministerium und der Innenminister kündigt an, er werde das Polizeipräsidium auflösen. Nach langer und kontroverser Diskussion werden im April 1997 die meisten Aufgaben des Präsidiiums auf die Direktionen übertragen und am 31. Dezember 1997 wird das Präsidium vollständig aufgelöst.

Fazit: Eine der niedrigsten Kriminalitätsraten und eine der



sung des Zentralen Landeskriminalamtes der fünf neuen Länder gebildet.

Thüringen ist das erste der neuen Bundesländer, welches in großem Umfang Polizeibeamte beruft. Allein im Juli 1991 werden ca. 1800 Polizisten zu Beamten des mittleren Dienstes ernannt. Lebens- und dienstältere Beamte können dabei zum Polizeiobermeister ernannt werden. Ab November 1991 folgen auch Beamte des gehobenen und höheren Dienstes. Hier ist eine Berufung in

GdP-Demonstration 1996 vor der Staatskanzlei in Erfurt.

Foto: GdP

1992. So weist der Personalhaushalt der Thüringer Polizei heute die schlechteste Struktur aller Bundesländer auf. Ganz anders ist die Situation bei der Ausrüstung und Ausstattung der Polizei. Fahrzeuge, Informations- und Kommunikationstechnik oder die Ausstattung mit Schutzwesten entsprechen dem Standard der Polizei oder liegen sogar darüber.

Nach den Landtagswahlen 1994 übernimmt die SPD das In-

höchsten Aufklärungsquoten der gesamten Bundesrepublik beweisen die Leistungsfähigkeit der Thüringer Polizei. Dies wird vom Freistaat nicht honoriert. Thüringen hat die billigste Polizei aller Länder, und Besonderheiten der deutschen Einheit wurden viel zu wenig berücksichtigt. Dadurch ist besonders die Versorgung der Beamten gefährdet.

BUNDESGRENZSCHUTZ

Nur die Schulterstücke blieben, wie sie vorher waren

Von Sven Hüber



Der Fall der Mauer am 9. November 1989. Kaum jemand hat dieses geschichtsträchtige Ereignis so hautnah erlebt, wie

die Männer und Frauen an der deutschen Grenze. Und kaum eine andere Organisation war von deren – im Wortsinne – Wegbrechen so betroffen. Mit dem Mauerfall fiel gleichzeitig der eigentliche Grund der Bildung des BGS im Jahr 1951 weg. Geschichtlicher Auftrag durch politische Veränderungen erfüllt – adieu BGS?

Nur vorschnelle Meinungsmacher des politischen Tagesgeschäfts forderten 1989/90 die Auflösung der Polizei des Bundes. Die Neuausrichtung und damit Modernisierung des Bundesgrenzschutz fing mit dem Wegfall seines Gründungszweckes jedoch erst an – ein Prozess, der auch zehn Jahre später noch nicht abgeschlossen ist. Das Außergewöhnliche an dieser Polizeientwicklung ist, dass es eine sich selbst dynamisierende Veränderung darstellt. Damit soll gesagt werden, dass es keinen „Masterplan“ gibt, wie der Bundesgrenzschutz in seiner Endausbaustufe aussehen wird. Rollenbeschreibung der Polizei des Bundes, Organisationsidentität, politische Einordnung in das System der In-

neren Sicherheit und (oft durch äußere Entwicklungen bestimmte) sicherheitspolitische Lageentwicklung sind seit zehn Jahren permanenter Veränderung unterworfen – ein Treibriemen permanenter Organisationsversuche und Personalveränderungen. Das Unbeständige dürfte das prägende Wesensmerkmal der Polizei des Bundes geworden sein.

Mit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze hat der BGS seine „bivalente Organisationsidentität“ verloren. Seine zwischen Militär und Polizei angesiedelte Zwitterstellung der Gründungszeit im kalten Krieg und das sich daraus schöpfende teilweise tradierte Selbstverständnis ist nichts, was den BGS heute noch prägen könnte. Hatte der BGS noch Anfang 1990 nur knapp 2.900 Beamtinnen und Beamte im sogenannten Grenzschutzeinzeldienst und fast 20.000 Angehörige der Bereitschaftspolizeilichen Verbände (die nach einigen Jahren fast regelmäßig in die Polizeien der Länder wechselten), so hat sich dieses Verhältnis innerhalb von zehn Jahren umgekehrt.

Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 übernahm der BGS auch die Verantwortung in den neuen Ländern. Das hieß zunächst, 6.500 „Angestellte im Polizeivollzugsdienst“ aus der ehemaligen DDR zu übernehmen und vor allem zu integrieren. Ein schwieriger Prozess, nicht nur, weil sich Menschen zu einer gemeinsamen Tätigkeit zusammenfinden mußten, die noch vor kurzem aufeinander geschossen hät-

ten. Diese Integration hatte alle Merkmale wie in anderen Bereichen auch – Überprüfungen, Massenkündigungen (allein in 1991 fast 1.000 ehemalige PKE-Angehörige), Massenverbeamtungen, Massenfortbildungen. Gleichzeitig übernahm der BGS kraft Einigungsvertrag auch die Zuständigkeit für die Bahnpolizei und die Luftsicherheit.

Die mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs einsetzenden Zuwanderungsströme über die neuen Ostgrenzen brachten dort ein erhebliches Personalfehl zu Tage. Innerhalb weniger Jahre stellte der BGS 6.500 neue Polizeibeamte ein, in einem Spitzenjahr allein 1.200. 1992 wurden die ersten organisatorischen Konsequenzen gezogen: Vier Einsatzabteilungen wurden aufgelöst zugunsten des Einzeldienstes. Gleichzeitig übernahm der BGS jedoch noch weitere zusätzliche Aufgaben. 3.000 Beamte der Bahnpolizei der Deutschen Bahn wurden zusammen mit der Aufgabe vom BGS übernommen – sieben Jahre später waren in diesem Bereich 5.000 Beamte tätig.

Die Übernahme wurde auch von Innenpolitikern misstrauisch beäugt, zu Unrecht; das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Verfassungskonformität. Gleichzeitig wurde dem BGS die polizeiliche Zuständigkeit für die Sicherheit des Luftverkehrs auf den deutschen Flughäfen vom Großteil der Bundesländer rückübertragen. Organisatorisch trennte man den Einzeldienst in Grenz- und Bahnpolizeiparte auf. Dieser

Schritt wurde 1998 wieder rückgängig gemacht, die Praxis hatte für eine „integrative Aufgabenwahrnehmung“ gesprochen. Fünf Grenzschutzpräsidien sollten zukünftig eine konzentriertere Führung der BGS-Ämter und einen effizienten Einsatz der Einsatzabteilungen gewährleisten, weshalb auch die vorher selbständige Verwaltung des BGS in die Präsidien eingegliedert wurde.

Bereits vor dem „Asylkompromiss“ wuchs auch eine unbeliebte Aufgabe sprunghaft an: Die Rückführung von „Deportees“ auf dem Luftwege in ihre Heimatländer. 1994 wurde mit dem neuen BGS-Gesetz mit Zustimmung aller Bundesländer der BGS-Entwicklung auch der rechtliche Rahmen nachgereicht.

Jedoch auch die neue Organisationsstruktur bewährte sich nicht, der „Reise-BGS“ (die permanenten Unterstützungseinsätze der Verbände bei den BGS-Ämtern) fraßen die finanziellen Ressourcen des BGS zunehmend auf. Die vorläufig letzte Neuorganisation im Jahr 1998 wollte diese Defizite durch die Auflösung weiterer 10 Abteilungen zugunsten der nunmehr 20 BGS-Ämter mit 98 nachgeordneten Inspektionen lösen. Gleichzeitig wurde mit der Einrichtung von Inspektionen „Verbrechensbekämpfung“ der Kriminalitätsentwicklung im Zuständigkeitsbereich des BGS Rechnung getragen. Die personellen Strukturdefizite konnten bis-

her nicht beseitigt werden: Dem BGS fehlen über 3.500 Beamte des gehobenen Dienstes.

Rechtliche Rahmensetzung und Organisationsänderungen sind nur ein Element einer Polizeientwicklung, die stark durch den europäischen Einigungsprozess bestimmt wird und nur in einem

europäischen polizeilichen Gesamtkonzept ihre Zukunftsbestimmung sehen kann. Erhöhte, qualitativ hochwertige und auch kostenintensive Fortbildung der Beamten muss nun die unvermeidlichen Defizite, wie sie sich teilweise in den BGS-Jahresberichten widerspiegeln, ausglei-



Grenzlandmuseum in Schnackenburg (Kreis Lüchow-Dannenberg): 1994 wurde unmittelbar gegenüber dem östlichsten Elbdeich im ehemaligen Informationsgebäude des Zolls ein Museum eröffnet, das der Öffentlichkeit Requisiten aus 40 Jahren DDR-Geschichte zugänglich macht. So „patrouillieren“ hier lebensgroße Nachbildungen von Soldaten der Nationalen Volksarmee und eine Grenzstreife auf dem Krad mit umgehängtem Maschinengewehr. Nun kommen Touristen und Schulklassen nach Schnackenburg, um sich jüngste deutsche Geschichte zu vergegenwärtigen.

chen helfen. Nur mit einer entschlossenen „Aufholjagd“ des BGS an die Personalstruktur der Länderpolizeien kann auch eine höhere Effektivität und Attraktivität der Polizei des Bundes erreicht werden. Und vor allem gilt es, zur Aufrechterhaltung auch der beruflichen Motivation die sozialen Folgen eines „dienstlichen Umsiedlungsprogramms“ für mehrere Tausend Beamtinnen und Beamte, Arbeiter und Angestellte auszugleichen und die Folgen zu mildern.

INTERVIEW

„Das hätte ich mir in meinem ganzen Schutzmannsleben nie träumen lassen“

Wilfried Püschel und Wolfgang Herrmann sind Polizeibeamte. Sie haben die Schließung der Sektorengrenzen zwischen Ost- und Westberlin am 13. August 1961 und den Bau der Mauer miterlebt. Am 9. November 1989 haben sie die Mauer wieder fallen sehen. Jeder auf seiner Seite. Wilfried Püschel tat bei der Polizei im Westen Dienst, Wolfgang Herrmann bei der Volkspolizei im Osten der geteilten Stadt. Wie haben die beiden dieses einschneidende Ereignis erlebt, welche Erfahrungen haben sie gemacht? Mit den beiden Kollegen sprachen für dp-special Adalbert Halt und Rüdiger Holecek.



dp-special: Wollt ihr euch kurz vorstellen?

Wilfried Püschel (West): Ich bin 31 Jahre bei der Berliner Polizei. Während der Wendezeit

Den Bau und den Fall der Mauer miterlebt: Wolfgang Herrmann (links) und Wilfried Püschel (rechts) im Gespräch mit Adalbert Halt. Foto: hol

war ich bei einer Einsatzbereitschaft und dort verantwortlich als Zugführer und auch als stellvertretender Bereitschaftsführer bei den Einsätzen rund um den Abriss der Berliner Mauer tätig. Heute arbeite ich als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Berliner Polizei.

Wolfgang Herrmann (Ost): Ich bin seit 38 Jahren bei der Polizei, davon 30 Jahre bei der Deutschen Volkspolizei. Ich bin in die gemeinsame Polizei Berlins übernommen worden und 1992 zur Verkehrsunfallbereitschaft gekommen. Da arbeite ich jetzt immer noch.

dp-special: Ihr habt beide den Bau der Mauer miterlebt. Wie war das damals?

Wolfgang Herrmann (Ost): Am 13. August 1961 hatte ich als Volkspolizist den „Tiefenraum“ zur damaligen Staatsgrenze abzusichern. Ich war knapp 18 Jahre alt. Am 13. August 1961 wurden nämlich die Übergangsstellen nach Westberlin hermetisch abgeriegelt. Mit der Bewachung der Bauarbeiten habe ich nichts zu tun gehabt, ich war ja nicht bei der Grenzpolizei.

Wilfried Püschel (West): Ich war 13, als die Mauer gebaut wurde. Ich bin in Neukölln geboren und spielte immer in Treptow. Mit dem Bau der Mauer war dann Schluss damit. Ich bin erst wieder in den Ostteil gegangen, als die Mauer geöffnet wurde. Ich hatte keine

Verwandten in Ostberlin und auch keinen Bezug zu diesem Teil der Stadt. Für mich war und blieb dieser Teil der Stadt über Jahrzehnte ein weißer Fleck. Wenn ich heute ab und zu mal in den Ostteil gehe, sozusagen als Tourist, dann stelle ich fest, dass ich als Berliner einen Stadtplan brauche, um Straßen oder ganz bekannte Sehenswürdigkeiten zu finden.



Wolfgang Herrmann (Ost): Als Jugendlicher, bevor ich Volkspolizist wurde, bin ich auch in Westberlin ein- und ausgegangen. Ich hatte Bekannte und Verwandte auch im Westteil der Stadt. Berlin ist ja keine kleine Stadt mit ein paar hundert Einwohnern. Auch ich brauche eine gewisse Zeit, um die Stadt zu erkunden.

dp-special: Wie habt ihr beide euch gefunden?

Wolfgang Herrmann (Ost): Den Wilfried Püschel habe ich kennen gelernt, als Überlegungen umgingen, dass sich die damalige Ge-



Es gab Radikale, die der Meinung waren, das gesamte Offizierskorps müsse „erschossen“ werden.



werkschaft der Volkspolizei (GdVP) mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verbinden sollte.

Ich war als Volkspolizist in verantwortlichen Funktionen. Dann kam die Wende 1989. In der Volkspolizei hatten sich damals verschiedene Strömungen breit gemacht. Die einen taten so, als

Jubelnde Menschen auf der Berliner Mauer am Brandenburger Tor. Am Abend des 9.11.1989 teilte SED-Politbüro Mitglied Günter Schabowski mit, dass alle DDR-Grenzen in die Bundesrepublik und nach Westberlin für DDR-Bürger geöffnet werden. Daraufhin strömten binnen weniger Stunden tausende von Ost-Berlinern in den Westteil der Stadt, wo es zu volksfestartigen Verbrüderungen zwischen Bürgern aus Ost- und Westdeutschland kam.

ob sie das alles überhaupt nichts anging – was umso erstaunlicher war, wenn man ihre Dienststellung und ihren Dienstgrad betrachtete; dann gab es diejenigen, die alles, was sich entwickelte, mit Abstand betrachteten, und es gab auch Radikale, die der Meinung waren, das gesamte Offizierskorps müsse „erschossen“ werden. Ich

selbst war damals Offizier. Ich fand es nicht in Ordnung, dass man alle Leute über einen Kamm scheren woll-

te. Das bewog mich, in die damalige Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) einzutreten. Ich wusste, dass GdVP von der GdP abgeguckt war. Es erschien mir eine Chance, etwas Ruhe in diese ganze Geschichte zu bekommen. Unser Ziel war es, die beiden Polizeien vernünftig in eine ein-

heitliche Polizei zu überführen.

Wilfried Püschel (West): Als uns die Nachricht von der Maueröffnung erreichte, war unsere Einsatzbereitschaft gerade in einem Trainingscamp. Wir sind von dort zum Einsatz an die Mauer geschickt worden. Vom Osten und vom Westen machten sich viele Leute daran, auf die Mauer zu klettern – ein gefährliches Unternehmen. Die Mauer war sehr hoch, man konnte sich kaum irgendwo festhalten. Viele waren alkoholisiert und außer Rand und Band. Ich hätte mir in meinem ganzen Schutzmannsleben nie träumen lassen, dass ich meine Leute mal vor die Mauer postieren müsste, um Westberliner Bürger von der Mauer abzuhalten. Und auf der anderen Seite standen die Volkspolizisten und taten das Gleiche, um auch dort Unfälle zu verhüten. Wir konnten die andrängenden Menschen aber nicht abwehren, und schließlich standen wir dann in diesem ein-

ZEHN JAHRE DANACH

einhalb Tage dauernden Einsatz Seite an Seite mit Volkspolizisten an der Mauer. Das fand ich schon sehr eigenartig.

Wolfgang Herrmann (Ost): Ich war in den ersten Tagen der Öffnung überhaupt nicht in der Nähe der Mauer. Ich hatte dienstlich dort nichts zu suchen, und es war mir einfach zu gefährlich, denn vorher durften wir als Volkspolizisten nicht mal in ihre Nähe. Und nicht zu vergessen: Ich habe 30 Jahre lang einem Staat gedient und ich habe mir gesagt: In Ordnung, ich bin für die Sicherheit dieses Staates mitverantwortlich. Natürlich habe ich mich in jenen Tagen vor der Öffnung der Mauer über den möglich gewordenen

zogen hatte, Hauptsache, es stand BMW oder VW oder Opel dran. Und die dachten, was sie im Westen gekauft hatten, müsste zwangsläufig im Osten auch zugelassen werden können. Aber viele dieser Autos waren technisch überhaupt nicht in Ordnung und keinesfalls verkehrssicher. Ich hatte allerdings auch nicht das Bedürfnis, an die Mauer zu gehen, und um ehrlich zu sein: Ich hatte auch ein bisschen Angst davor. Ich war Befehlsempfänger und die Weisung lautete, dass wir nicht nach Westberlin gehen sollten. Ich wollte erst einmal abwarten, wie sich die ganze Lage dort entwickelte. Ich hatte auch Berührungsängste als Polizist vor der anderen Seite.

dp-special: Wann bist du dann über die Grenze gegangen?

Wolfgang Herrmann (Ost): Etwa eine Woche später, mit meiner Frau und mit meinen Kindern. Wir haben festgestellt, dass die damals Herrschenden einfach nicht mehr die Befehlsgewalt hatten. Wir merkten, dass kaum noch kontrolliert wurde. Ich habe nur meinen Stempel in den Ausweis bekommen und dann bin ich „ausgereist“ und ich dachte mir: Warum eigentlich nicht, die Leute da drüben sind ja auch ganz vernünftig und wenn du dich da vernünftig bewegst, dann tut dir auch keiner was. Als wir dann an die Kontrollstellen kamen, hatten wir schon Beklemmungen. Wir wussten ja nicht, ob es bei unseren Grenzpolizisten Listen gab oder ob die Kollegen drüben welche hatten. Aber die Kollegen drüben haben überhaupt nicht kontrolliert. Die haben höflich „Guten Tag!“ gesagt und das war's dann.

Wir sind in Rudow übergegangen und zwar an der Stubenrauchbrücke. Von dort aus sind wir mit dem Bus gefahren und an

einem Postamt habe ich mir mein Begrüßungsgeld von 100 DM geholt. Ich hatte das Gefühl, ich komme in eine andere Welt – die Reklame, das Warenangebot, die Hektik, ich musste mich erst einmal zurechtfinden. Mit dem Westgeld haben wir richtig geknausert. Wir haben nicht alles sofort für Schokolade ausgegeben oder für Dinge, die wir so lange entbehrt haben. Ich war eben der typische praktische Ossi. Das Erste, was wir uns gekauft haben, war eine Multireibe, die wurde da für 20 DM angeboten. Die haben wir heute noch. Dann haben wir noch für die Kinder etwas Kaugummi gekauft. Wir haben schon daran gedacht, noch etwas Geld übrig zu haben, wenn wir das nächste Mal in den Westen gehen. Einen halben Tag waren wir auf der anderen Seite und es war sehr nervenzehrend. An diesem Wochenende war fast halb Berlin dorthin gefahren. Trotz allem habe mich sehr wohl gefühlt, weil ich gedacht habe: Mensch, du kannst jetzt durch die Stadt gehen und es ist keiner da, dem du Rede und Antwort stehen musst, warum du jetzt gerade nach Rudow gehst oder in den Wedding fährst. Wir sind aus dem Staunen nicht herausgekommen. Wir kannten schon Fernseher und Farbfernse-



Du kannst jetzt durch die Stadt gehen und es ist keiner da, dem du Rede und Antwort stehen musst.



her, aber die Preise und die Technik, die man im Westen für wenig Geld bekommen konnte, haben uns überwältigt. Alles andere hat mich zunächst mal überhaupt nicht interessiert. Wir haben nur geguckt.



Ich habe 30 Jahre lang einem Staat gedient und ich habe mir gesagt: In Ordnung, ich bin für die Sicherheit dieses Staates mitverantwortlich.



Reiseverkehr gefreut. Das war eine gute Sache. Ich habe mich darauf gefreut, dass ich nun als Berliner nach Berlin fahren und mich in meiner Stadt bewegen kann. Als Volkspolizist hatte ich allerdings Probleme damit, einfach so über diese Staatsgrenze zu gehen oder in den sogenannten „Tiefenraum“ dieser Grenze. Denn mit der Grenze selber hatte ich mich abgefunden. Ich konnte da nicht heran, ich hatte auch als Volkspolizist keine Genehmigung, an das sogenannte Grenzgebiet heranzugehen. Zu diesem Zeitpunkt war ich Offizier für die Kfz-Zulassung und hatte ganz andere Probleme: Viele aus dem Osten brachten von ihren ersten Besuchen im Westen Autos mit, die sie dort gekauft hatten. Gebraucht natürlich und es waren teilweise richtige Wracks. Sie hatten keine Ahnung, dass man ihnen mit diesen Schrottauben drüben das Fell über die Ohren ge-



West-Berliner versuchen am 10. November 1989, mit Hämmern und Kreuzhacken die Mauer einzureissen.

dp-special: Und die Westberliner?

Wolfgang Herrmann (Ost): Die waren gar nicht anders als wir, auch in der Bekleidung gab es dort alle Schattierungen. Ich habe festgestellt, dass ich äußerlich gar nicht als Ostberliner zu erkennen war. Ich hatte allerdings auch keinen Präsent-70-Anzug an. Ich habe mir gedacht: Ich bin Berliner, die Sprache, die ich spreche, die spricht der andere auch.

Am Abend haben wir viel über unseren Eindrücke geredet. Die Gespräche drehten sich immer wieder darum – und ich weiß, dass das bei vielen Familien so war –, dass wir uns gesagt haben: Wir hatten doch die Leipziger Messe, wir hatten doch dort nur Spitzenqualität, internationale Spitzenqualität! Wir hatten Zuwachsraten in der Wirtschaft, wie man uns immer erzählte, warum haben wir nicht die Technik, die hochwertige Ware für verhältnismäßig wenig Geld und das Konsumangebot für unsere Leute? Spitzenverdiener kamen bei uns im Mo-

nat auf 1500 bis 2000 Mark, und wenn man sich überlegt, dass man für einen Fernseher 6000 bis 7000 Mark auf den Tisch packen musste, dann war das schon eine ganz schöne Not. Immer wieder haben wir Vergleiche gezogen. Wir waren ja immer noch DDR, und zu diesem Zeitpunkt stand überhaupt noch nicht die Frage eines Übertritts der DDR in die BRD im Raum. An einen Zusammenschluss dachte keiner. Wir sind davon ausgegangen: Warum nicht, zwei deutsche Staaten, kein Problem. Damit hätte man leben können. Vielleicht.

dp-special: Ist auch die Frage aufgetaucht: Verstehen wir uns überhaupt mit denen da drüben?

Wolfgang Herrmann (Ost): Zunächst nicht. Erst als wir anfangen, uns anzunähern, da ging das auch los mit der Existenzangst. Vorher war keine Rede davon. Ich bin als Tourist rübergegangen, als Berliner, als Privatmann. Meine Aufgabe habe ich immer als Volkspolizist gesehen. Und ich habe mir

gesagt, ich mache meine Aufgabe, mein Kollege drüben macht seine Aufgabe, zwei Staaten, alles o. k. so weit. Aber dann kam auch die Einheit für die Polizei, und die Volkspolizei wurde völlig umgekrempelt.



Ich habe nicht begriffen, dass ein Staat, der seine Bevölkerung als Arbeiter- und Bauernstaat immer so gelobt und in den Himmel gehoben hat, derart mit den Menschen umgegangen ist.



Wilfried Püschel (West): Ich bin 14 Tage nach der Maueröffnung das erste Mal im Ostteil der Stadt gewesen. Nicht privat, sondern zu einem gewerkschaftlichen Termin. Am Übergang Heinrich-Heine-Straße standen noch Grenzschilder. Unter einem offenen Schlagbaum sind wir durchgefahren, ohne dass wir angehalten wurden. Ich habe nicht begriffen,

ZEHN JAHRE DANACH

dass ein Staat, der seine Bevölkerung als Arbeiter- und Bauernstaat immer so gelobt und in den Himmel gehoben hat, derart mit den Menschen umgegangen ist. Es war schlimmer, als ich es mir vorgestellt hatte. Die Straßen, die Wohnhäuser waren dermaßen verfallen wie bei uns in den 70er Jahren im schlimmsten Kreuzberg. Die Warenangebote waren sehr „überschaubar“. Wir wussten ja als Wessis, wo sie die Spitzenprodukte verkauft haben. Die haben sie ja nicht ihren Bürgern verkauft. Wie so ein Arbeiter- und

Bauernstaat mit seinen Bürgern umging, wurde mir ganz deutlich.

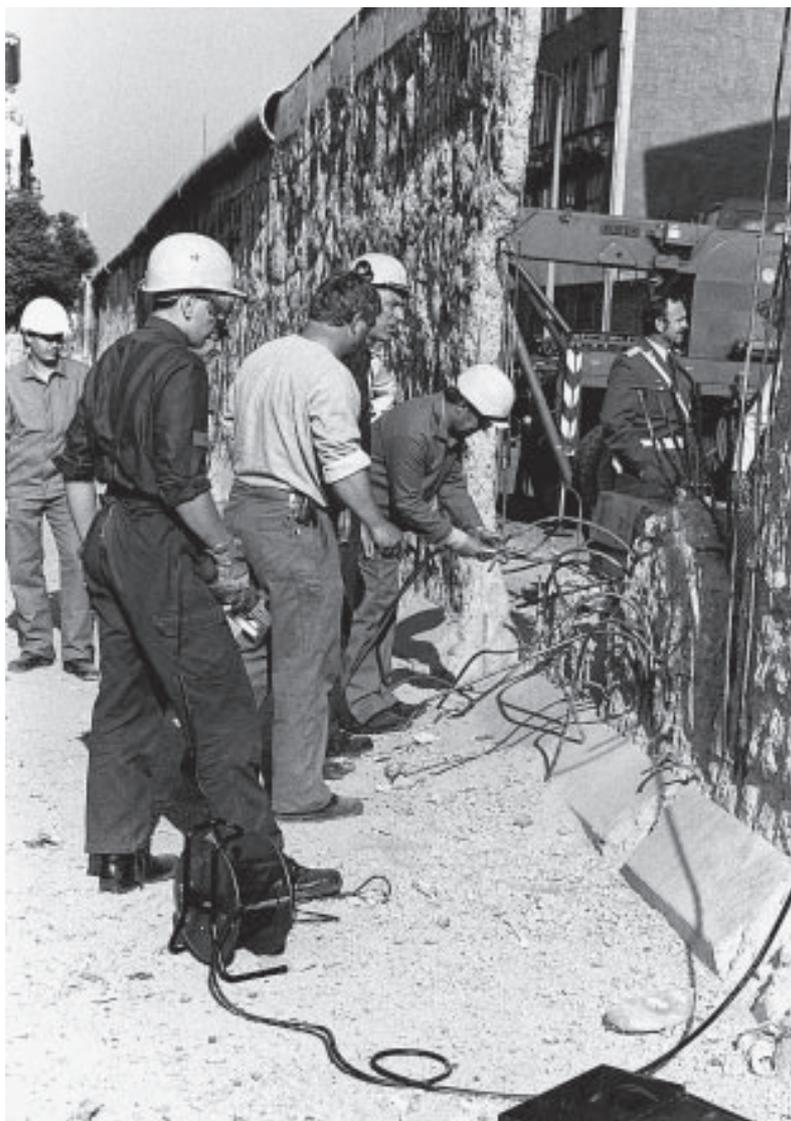
dp-special: Mitleid oder Siegespose?

Wilfried Püschel (West): Keines von beiden. Ich habe mir gesagt, ich kann nicht dafür, dass ich im Westen aufgewachsen bin. Wäre die Mauer drei Kilometer weiter gebaut worden, hätte ich im anderen Teil der Stadt gegessen. Auch das Verhalten der Leute, die ich dann kennen lernte, befremdete und bedrückte mich. Wir hatten einen Termin im ostberliner

Polizeipräsidium. Wenn ich bei uns eine Polizeidienststelle betrat, war ich es nicht gewohnt, dass jede Tür nur durch einen Summer geöffnet wurde. Ich konnte mich frei im Haus bewegen. Hier nahm mich immer einer an die Hand, um mich zu einem bestimmten Zimmer zu bringen. Ich hatte permanent den Eindruck, da passt immer einer auf dich auf. Ich fand es beklemmend, wie die Menschen miteinander umgingen. Die Türen



Je mehr Gold und Geflochtenes einer auf der Schulter hatte, umso mehr war er immer schon Gewerkschafter.



waren versiegelt, in fast jedem Büro standen Panzerschränke. Und dann das permanente Misstrauen. Plötzlich waren alle gewerkschaftlich interessiert dort drüben. Je mehr Gold und Geflochtenes einer auf der Schulter hatte, umso mehr war er immer schon Gewerkschafter. Auch das enorm disziplinierte Verhalten. Das saßen Mitarbeiter am Tisch und haben jedes Wort mitgeschrieben. Und gefragt wurde wie in einer Schulklasse. Dann war der Besuch beendet und wir sind zurückgefahren. Ohne Zwischenhalt. Abends zu Hause gingen mir diese Disziplin, diese hierarchische Struktur, dieses Gefühl, ständig beobachtet zu werden, und diese absolut überzogene Sicherheit nicht aus dem Kopf. Und ich habe mir gedacht, also irgend etwas ist da wohl nicht richtig gelaufen im Vertrauensverhältnis

Die professionellen Mauerstürmer: Rechts im Ostteil mit Kranwagen, links im Westteil mit Schneidbrennern.
Foto: GdP

zwischen Staat und Bürger oder innerhalb einer Dienststelle oder Behörde. Erst zwei, drei Monate später bin ich mal privat in den Ostteil gefahren. Mit einer Gruppe von Kollegen haben wir das

schen, die an der geöffneten Mauer Berlins feierten. Habt ihr das auch so empfunden?

Wolfgang Herrmann (Ost): Das kann ich nicht behaupten. Wir haben nicht gedacht, dass jetzt

durften, Künstler, Politiker. Für uns war es schon schwierig, in die damalige Tschechoslowakei zu fahren, und für Bulgarien hatte man kein Geld. So einfach war das. Also hatte man im so ge-

nannten Ostdeutschland auch seine Ferien verbracht. Nachdem klar war, dass man nach dem Westen ohne Einschränkungen ausreisen und auch wieder zurückkehren konnte, wollte das jeder ausprobieren. Dann kam erst der Ansturm. Die Polizei, die an der Mauer eingesetzt wurde, hatte nicht mehr die Mauer zu schützen, sondern die Menschen

vor Unfällen. Sie sollten ihre Freude daran haben, sie sollten ihre Besuche machen können, aber es sollte niemand zu Schaden kommen. Es ging darum, eine reine



Nach dem Interview an einem verbliebenen Reststück der Berliner Mauer: Wilfried Püschel (links) und Wolfgang Herrmann. Hier haben sich – auf der Ostseite – die Sprayer austoben können. Foto: -It

berühmte Lokal „Die letzte Instanz“ besucht. Wir haben das schöne Lokal bewundert und ich wollte einen ausgeben. Ich hatte vorher 50 DM umgetauscht, West in Ost. Davon haben wir mit fünf Mann gegessen und getrunken wie die Weltmeister und trotzdem hatte ich noch reichlich Geld übrig. Wir saßen für uns, mit den anderen Gästen gab es keinen Kontakt.

dp-special: Am Abend des 9. November 1989 gingen Fernsehbilder rund um die Welt von begeisterten, euphorischen, in Freudentränen ausbrechenden Men-

eine bessere Welt anbricht. Ich habe es zunächst einmal alles nicht geglaubt. Ich habe es zwar auch im Fernsehen gesehen, hab' das aber gar nicht so verarbeitet. Die Szenen waren aber irgendwie natürlich. Die Leute hatten sich viele Jahre nicht gesehen, es hatte sich viel angestaut. Eine Welt erkennen heißt, man muss die Welt anschauen können. Bei uns wurden die Menschen wie in einem Ghetto gehalten. Es gab ja nur einige wenige, die sich in der Welt umschaun



Die Polizei, die an der Mauer eingesetzt wurde, hatte nicht mehr die Mauer zu schützen, sondern die Menschen vor Unfällen.



polizeiliche Arbeit zu tun und dafür zu sorgen, dass keine Panik ausbrach oder dass es Verletzte gab. Die Mauer haben wir schon lange nicht mehr geschützt. Und so ähnlich war das auch mit den

ZEHN JAHRE DANACH

ersten Kontakten zur Westpolizei oder zur Gewerkschaft. Die sind ja nicht zu uns gekommen, weil wir uns zusammentun wollten. Ich habe diese Treffen zunächst so verstanden, dass man mit den Westberliner Kollegen darüber sprach, dass es jetzt eine offene Stadt gab und wir Absprachen darüber treffen mussten, wie wir die Ordnung in der Stadt aufrechterhalten können. Da musste man doch fragen: Wie geht ihr damit um, wie handhabt ihr das und wie macht ihr jenes?

So war auch der Besuch von Wilfrieds Delegation im Präsidium für uns zu verstehen. Ich habe ihn dort gesehen, aber ich kannte ihn nicht. Es war eine Arbeitstagung. Die Westberliner wurden durch den stellvertretenden Polizeipräsidenten offiziell begrüßt, sie saßen vorne, und du selbst bist reingekommen und hast auf deinem Platz gesessen.

Später bin ich dann mal zu dem Büro der damaligen GdVP im Präsidium hochgegangen. Da saßen Mannschaftsgrade und unter anderen auch Feuerwehrangehörige, und eine Frau hat mir dann alles erklärt, und wir wurden mit „Sie“ und mit dem Dienstgrad angesprochen. Wie gesagt, ich bin Offizier gewesen. Vorher hieß es „Genosse“ und Dienstgrad. Ich sagte ihr dann nur, dass ich geglaubt hätte, ich sei hier bei einer Gewerkschaft und das „Du“ und „Kollege“ gewohnt. Dann hat sie mir erklärt, wen wir alles auf die Schnauze hauen müssen. Da habe ich gesagt: „Also Kinder, so kann das einfach nicht sein, so verstehe ich auch keine Gewerkschaft.“ Wie gesagt, alle, die vorher in vorgesetzten Positionen waren, sollten niedergeknüppelt werden. Wir hatten da in Potsdam eine Sache gehabt, die wollten alle Offiziere aus der Polizei rauschmeißen und das Ruder selbst in die Hand nehmen. Schon zu DDR-Zeiten, als noch gar nicht vom Zusammenschluss die Rede

gewesen war. Das hat mich also irgendwie gestört, das konnte nicht sein. Später als Personalratsvorsitzender habe ich immer die Nähe zur Gewerkschaft der Polizei gesucht, zu meiner GdP. Hier konnte ich mir Rat holen.

dp-special: Viele haben sich gewerkschaftlich organisiert, weil sie Existenzangst hatten?

Wolfgang Herrmann (Ost): Selbstverständlich. Wer konnte denn damals sagen, wie sich alles entwickeln wird. Ich saß als Gewerkschafter zwischen allen Stühlen. Ich konnte nicht als Offizier mit den Leuten reden, das wäre absurd gewesen. Dann habe ich Wilfried näher kennen gelernt und habe mit ihm viele Dinge besprochen und mir Rat geholt. Die Volkskammer hatte zwar mal ein Personalratsgesetz beschlossen, aber wer kannte das schon? Von meinen ehemaligen Freunden wird mir heute noch vorgeworfen: „Du hattest ja einen ganz anderen Start, da konntest du ja dei-



Ich saß als Gewerkschafter zwischen allen Stühlen.



nen Weg machen!“ Ja, mein Start war die Entscheidung, mich gewerkschaftlich zu organisieren und zu engagieren und die Verbindung zur Gewerkschaft der Polizei zu knüpfen. Das hätte übrigens jeder tun können und sollen. Andere haben die Verbindung zum höheren Dienst gesucht und sind beim Polizeidirektor ein- und ausgegangen.

Wilfried Püschel (West): Ich habe die DDR-Bürger nie ganz verstanden. Ich sage das heute noch: Sie haben nicht die Politik gewählt, sondern den Kassenwart. Das soll kein Vorwurf sein. Woher hätten sie es auch wissen sollen, ohne dass sie sich mit den Hinter-

gründen auseinandersetzen konnten. Da waren viele Fragen, die ich aufgrund meiner eigenen Erfahrung anders sehe. Wir hätten damals die Chance wahrnehmen und uns mit dem Beamtentum auseinandersetzen sollen. Ich habe nichts gegen die Einheit. Was mich immer gestört hat, war das Wie.

dp-special: Ist das Gefühl der Fremdheit noch da?

Wilfried Püschel (West): Fremdheit besteht nur noch einzelnen Personen gegenüber, die – wie ich in meiner Berliner Art sage – noch nicht gemerkt haben. Das sind Kollegen, die nach zehn Jahren immer noch darauf warten, dass ihnen einer sagt, was sie zu machen haben und wo es lang geht. Und ich denke, irgendwann müssen sie doch mal selbstständig und erwachsen werden. Ich bin übrigens mit einer Ostdeutschen verheiratet und habe von ihr viel erfahren, was mir das DDR-System noch viel ominöser erscheinen lässt. Mein Schwiegervater war Professor an der Uni in Halle. Der konnte auch immer reisen. Er ist mir fremd, weil er zu denen gehörte, die hoch geschult den Menschen das DDR-System verkauft. Heute surft er im Internet und schiebt Aktien hin und her. Ich glaube, dass die Anpassungsfähigkeit wesentlich ausgeprägter ist als bei uns. Individualisten gab es kaum, und ich weiß nicht, was ich davon halten soll.

Wolfgang Herrmann (Ost): Der Wolfgang hat leicht reden mit dem Individualismus. Er konnte ins Geschäft gehen und sagen: „Das und das Gerät ist kaputt, ich brauche ein neues.“ Wenn ihm eine Gaststätte nicht gefiel, ging er in eine andere. Der Ostler musste tüfteln: Kann ich das reparieren, welches Ersatzteil brauche ich, wer könnte das haben und was will der dafür von mir haben? Der Ostler musste organisieren, und das ging nicht ohne Kontakte. Kontakte

gehen nicht, ohne mit Menschen in Verbindung zu treten und für sich zu gewinnen oder ihnen wiederum zu Kontakten zu verhelfen. Im Westen ist es leichter, an eine Eigentumswohnung zu kommen, als es im Osten war, einen Keil-



Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, wir hätten nicht einen von denen da drüben übernommen!



riemen für die Waschmaschine zu bekommen. Um es am Beispiel meines Schwiegervaters zu erklären: Der Mann hat sich gesagt: „Mit dem was ich gemacht habe, kann ich nicht mehr existieren. Ich muss mit dem System leben. Das ist nun einmal kapitalistisch und nicht sozialistisch, und deshalb schiebe ich Aktien hin und her.“ Viele sagen dazu „Wendehals“ – er muss nicht unbedingt ein Wendehals sein. Wilfried ist ein Individualist. In der Gesellschaft, in der er groß geworden ist, konnte er das sein. Er konnte selbstständig agieren, wenn er etwas haben wollte. Bei uns ging das nur im Verein mit anderen. Und das bedeutete auch Anpassung.

dp-special: Es gibt viele hüben und drüben, die die Mauer wiederhaben wollen.

Wolfgang Herrmann (Ost): Das ist der größte Blödsinn, den es überhaupt gibt. Wir hatten einen Politoffizier. Man sagt ja immer, das waren so ganz schlimme Finger. Der hat zu mir gesagt: Ich gehe wieder in den zivilen Dienst. Ich weiß, ich kann als Politoffizier in dieser Behörde keinen Fuß fassen. Aber ich freue mich über je-

den Kollegen, der in die Polizei übernommen wird. Aber ich will dir was sagen, das steht auch fest: Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, wir hätten nicht einen von denen da drüben übernommen! – Deshalb frage ich mich, wer

will und warum eigentlich die Mauer zurückhaben? Wem ist es denn nun wirklich schlecht gegangen? Ich

meine, wir haben hier ein bisschen sondiert und uns dabei große Mühe gegeben, uns mit dem Einzelnen auseinanderzusetzen. Aber sich hinzustellen und die Mauer zurückhaben zu wollen, halte ich für frech und unangemessen. Wir müssen versuchen, miteinander so auszukommen, dass jeder zu seinem Recht kommt. Und dabei muss jeder etwas zurückstecken. Und der eine hat ein bisschen mehr Glück und der andere ein bisschen weniger. Deshalb ist die Gewerkschaft für mich der bessere Weg, weil ich



Um wirklich ein deutsches einheitliches Vaterland zu haben, sollten wir aufhören einander vorzuwerfen, der andere wäre schuld an meiner persönlichen Misere.



sage, da hast du Gleichgesinnte, die kämpfen für etwas und bringen ihren Geist und ihre Arbeit für andere ein und bekommen noch nicht einmal einen Dank dafür. Um wirklich ein deutsches einheitliches Vaterland zu haben, sollten wir aufhören einander vorzuwerfen, der andere wäre schuld an meiner persönlichen Misere.

Wilfried Püschel (West): Wir sollten nicht die Mauer aufbauen, sondern sie noch weiter abbauen.

Es gibt durch die Vereinigung in der ehemaligen DDR sehr viel überproportional negativ Betroffene. Die Ostdeutschen sind von der Arbeitslosigkeit härter betroffen. Früher hatte jeder seine Arbeit oder wusste, wo er nach der Schule hingehen konnte und was mit ihm im Alter wird. Heute empfinden viele eine große Leere und eine große Ungewissheit. Ich selbst habe das Glück gehabt, nie arbeitslos zu sein. Ich weiß aber noch von meiner Mutter, wie das ist. Man sollte sich mehr umeinander kümmern.

dp-special: Habt ihr in den zehn Jahren Freunde gefunden? Der Ossi im Westen, der Wessi im Osten?

Wolfgang Herrmann (Ost): Viele gute Bekannte, mit denen ich ein gutes Verhältnis habe. Wir können miteinander reden, freuen uns, wenn wir uns sehen, und freuen uns, miteinander umgehen zu können. Unter Freunden verstehe ich schon ein großes Stück gemeinsamen Lebens. Dazu gehören gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Entwicklungen. Ich habe mehr freundschaftliche Verhältnisse zu meinen West-Kollegen als zu den Kollegen, mit denen ich angefangen habe in der GdVP. Da ist alles auseinander gegangen. Warum auch immer. Ich glaube, es liegt aber nicht daran, dass ich westlichen Einflüssen unterlegen wäre.

Wilfried Püschel (West): Wolfgang hat Recht. Freundschaft ist eine ganz intime Sache und hat nichts mit Ost und West zu tun.

dp-special: Wir danken für das Gespräch.